

ERMITTLUNGEN

Polizei findet in der Hunte einen Pkw mit Leiche

Diepholz. Bei der Suche nach einem seit rund neun Monaten vermissten Mann haben Polizeitaucher in der Hunte einen Pkw mit einem Toten gefunden. Zuvor war am Mittwoch der Bereich des Flusses von Goldenstedt bis Barnstorf-Rechters mit einem Sonarboot abgesucht worden. Wie die Polizei am Abend mitteilte, handele es sich bei dem entdeckten Auto um den Wagen des Vermissten. Der Mann war Ende September vergangenen Jahres aus einer Unterkunft in Drentwede (Kreis Diepholz) verschwunden. Eine Untersuchung des Fahrzeugs ist für diesen Donnerstag angesetzt. Auch die Person wurde geborgen und soll nun in der Rechtsmedizin obduziert werden. Ob es sich bei dem Toten um den gesuchten Mann handelt und ob er einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen ist, konnte die Polizei zunächst nicht sagen. DPA

STIMMABGABE

25 Parteien bewerben sich für die Landtagswahl

Hannover. Außer den sechs im Landtag oder Bundestag mit Abgeordneten vertretenen Parteien SPD, CDU, Grüne, FDP, AfD und Linke wollen weitere 19 Parteien am 9. Oktober zur Landtagswahl antreten. Das teilte die Landeswahlleiterin am Mittwoch mit. Rund 6,003 Millionen Menschen sind wahlberechtigt, davon dürfen etwa 214.000 zum ersten Mal bei einer Landtagswahl ihre Stimme abgeben. Unter den Parteien bewerben sich auch weitgehend unbekanntes Zusammenschlüsse wie „Die Haie – Partei mit Biss“ oder „Sprache Verbindet“. Über die wahlrechtliche Anerkennung entscheidet der Landeswahlausschuss am 22. Juli. Neben formellen Kriterien hat der Ausschuss bei seiner Entscheidung zu prüfen, ob die Bewerber die erforderlichen Merkmale einer Partei haben – dazu zählen beispielsweise eine Satzung, ein Programm und ein Vorstand. DPA

CORONA-TESTSTELLEN

Ermittlungen wegen Betrugs nehmen zu

Hannover. Polizei und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen beschäftigen sich in diesem Jahr häufiger mit dem Verdacht auf Betrug mit Corona-Teststellen als noch 2021. Landesweit lagen die Fallzahlen im ersten Halbjahr 2022 im niedrigen zweistelligen Bereich, wie das Landeskriminalamt (LKA) in Hannover mitteilte. Im gesamten Jahr 2021 habe es weniger Ermittlungsverfahren gegeben. Die Zahlen für dieses Jahr seien noch vorläufig. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) unterstützt die Ermittler auf Wunsch bei der vertieften Überprüfung der Abrechnung der Teststellen, wie KVN-Sprecher Detlef Haffke sagte. Diese Anfragen gebe es häufiger als 2021. Dem Sprecher zufolge schaut sich die KVN derzeit rund 2600 Abrechnungsakten genauer an. Laut Testverordnung müsse ein Prozent der Akten untersucht werden. DPA

SENIORENHEIM

Pflegehelfer soll Frau vergewaltigt haben

Hannover. Ein 34 Jahre alter Pflegehelfer soll in einem Seniorenheim eine schwerstbehinderte Bewohnerin vergewaltigt haben. Gegen den Mann sei Haftbefehl erlassen worden, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Hannover am Mittwoch. Darüber hatte zuerst die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtet. Der 34-Jährige soll während der Nachtwache im Februar die Tat begangen haben. Es gibt den Ermittlern zufolge eine Zeugenaussage der Geschädigten sowie DNA-Spuren. Der Verdächtige habe die Hilfsbedürftigkeit der Bewohnerin ausgenutzt, sagte die Sprecherin. Er müsse in Untersuchungshaft, weil Wiederholungsgefahr bestehe. DPA

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

Mehr Kinder, weniger Kreißsäle

Tagung zur Geburtshilfe: Hebammen unzufrieden mit den Bedingungen in den Krankenhäusern

VON JOACHIM GÖRES

Hannover. Heidekreis, Diepholz, Friesland, Wittmund – einige der Landkreise in Niedersachsen, in denen Frauen im Krankenhaus keine Kinder mehr bekommen können, weil die Entbindungsstationen geschlossen wurden. „Als 2011 im Landkreis Diepholz der letzte Kreißsaal dichtmachte, war das eine Sensation, denn er war der erste deutsche Landkreis ohne klinische Geburtshilfe. Inzwischen fehlt dieses Angebot in jedem vierten Landkreis in Niedersachsen“, sagt Thomas Altgeld, Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit und der Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen. Sie war am Dienstag Gastgeberin einer Tagung in Hannover über die Lage der Geburtshilfe.

Bundesweit hat sich die Zahl der Geburtskliniken in den letzten 30 Jahren nach Altgelds Angaben von 1186 auf 631 fast halbiert. Obwohl seit rund zehn Jahren wieder mehr Kinder geboren werden, wurden seit 2015 in den niedersächsischen Krankenhäusern von den 84 geburtsärztlichen Abteilungen 20 geschlossen. Diese Entwicklung könnte weitergehen, denn die Pläne für ein neues niedersächsisches Krankenhausgesetz sehen weitere Zentralisierungen vor. Die Folge: Frauen müssen längere Wege für die Entbindung in Kauf nehmen, damit steigt die Wahrscheinlichkeit einer Geburt noch vor Erreichen der Klinik.

30 Prozent Kaiserschnitte

Ralf Schild, Chefarzt des Perinatalzentrums Hannover, plädiert dennoch für eine Zentralisierung. „In Krankenhäusern mit wenigen Geburten ist der Anteil der Kaiserschnitte besonders hoch. Je mehr Geburten es an einem Standort gibt, umso mehr Erfahrungen sammelt das Team und kann besser auf Probleme reagieren“, sagt Schild. Seine Forderung: „Qualität vor Wohnortnähe.“ Bundesweit liege der Anteil der Kaiserschnitte bei fast 30 Prozent. Für einen Kaiserschnitt zahlen Krankenkassen deutlich mehr Geld als für eine natürliche Geburt.

Laut Schild bleibe vielen Krankenhäusern gar nichts anderes als die Schließung ihrer Geburtsstationen übrig, weil es an Hebammen fehle. „Es gibt genügend Hebammen, aber viele wollen nicht mehr unter den Bedingungen der Kliniken arbeiten“, entgegnet Veronika Bujny, Vorsitzende des niedersächsischen Hebammenverbandes, und fügt hinzu: „Wir haben Verantwortung für zwei Menschenleben. Die können wir aber nicht übernehmen, wenn wir zum Teil vier Frauen im Kreißsaal gleichzeitig betreuen müssen. Von einem Operateur würde niemand verlangen, zwischen den OP-Tischen hin- und herzuspringen!“ Es werde sich nur etwas zum Positiven ändern, wenn natürliche Geburten besser bezahlt würden.

Mehr als 98 Prozent der Geburten finden



Weil immer mehr Entbindungsstationen schließen, müssen Schwangere teils weite Wege auf sich nehmen.

FOTO: FABIAN STRAUCH/DPA

in Krankenhäusern statt. Je länger eine Geburt dauert, umso mehr Hebammen sind daran beteiligt. Der Wunsch vieler Frauen sei dagegen, von einer Hebamme von der Schwangerschaft über die Geburt bis zur Nachsorge betreut zu werden. „Bei einer Betreuung durch eine vertraute Hebamme sinkt die Zahl der Tot- und Frühgeburten, der Kaiserschnitte und der Geburtseinleitungen“, sagt die freiberufliche Hebamme Anna-Maria Bruhn aus Osnabrück und verweist auf Studien aus Australien, wo die 1:1-Betreuung verbreitet ist. In Deutschland wird dieses Modell nur wenig praktiziert. Bruhn hat selber bei Frauen, die sie schon in der Schwangerschaft betreute, als sogenannte Begleitbegleithebamme Kinder im Krankenhaus Ibbenbüren zur Welt gebracht – bis dort der Kreißsaal geschlossen wurde.

In Niedersachsen kooperiert nach ihren Angaben nur die Medizinische Hochschule Hannover mit Begleithebammen. „Vor 30 Jahren waren Begleithebammen vielerorts üblich, doch die Bezahlung war so schlecht,

dass viele Hebammen damit aufgehört haben“, sagt Karin Helke-Krüger, Beraterin der Einrichtung Kaiserschnittstelle. Sie kritisiert, dass die Wahlfreiheit der Frauen, wo sie entbinden wollen, faktisch nicht bestehe: „Frauen müssen sich sehr früh um eine Hebamme kümmern, wenn sie zu Hause oder im Geburtshaus entbinden wollen. Das ist den meisten aber nicht klar, sodass viele doch im Krankenhaus ihr Kind bekommen müssen.“

Zu wenig Ausbildungsplätze

Eine gewisse Alternative sind Kreißsäle, die von Hebammen geführt werden. Sie gibt es unter anderem im Klinikum Osnabrück, in den Helios-Kliniken Hildesheim und im Klinikum Robert Koch in Gehrden. Ärzte werden nur an der Geburt beteiligt, wenn es medizinisch notwendig ist. „Diese Hebammenkreißsäle haben keine Personalprobleme“, sagt Altgeld.

Für den Personalmangel sind die Krankenhäuser laut Karin Niessen von der Hochschule Osnabrück mitverantwortlich. Seit

2021 gibt es in Niedersachsen vier Studiengänge Hebammenwissenschaft mit insgesamt 140 Plätzen pro Jahrgang. „Seitdem angehende Hebammen studieren müssen, ist das Interesse an diesem Beruf noch gestiegen. Allerdings braucht man für das Studium einen Ausbildungsplatz in einer Klinik, und solche Plätze fehlen“, sagt die Dozentin.

Das niedersächsische Aktionsbündnis „Gesundheit rund um die Geburt“, zu dem sich 60 Organisationen wie Wohlfahrtsverbände und kirchliche Einrichtungen zusammengeschlossen haben, fordert in einer Petition vom Land, die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung anzuerkennen. Dann müsste diese Leistung für alle Menschen innerhalb von 30 Minuten erreichbar sein. Im neuen Krankenhausgesetz wird die Erreichbarkeit eines Kreißsaals innerhalb von 45 Minuten als zumutbar bezeichnet. Mehr als 17.000 Menschen haben die Online-Petition bislang unterschrieben (Weitere Informationen unter www.gesundheit-rund-um-die-geburt.de).

Bundeswehr-Milliarden sollen ins Land fließen

Ministerpräsident Weil fordert neben neuen Waffen auch bessere Bedingungen für Soldatinnen und Soldaten

VON PETER MLODOCH

Oldenburg. Die Lage wird ernst. Mühsam zwingen sich Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (beide SPD, beide ungedient) die enge Stiege zur Dachluke des Transportpanzers Fuchs hoch. „Puh, ist das eng hier“, stöhnt der Regierungschef aus Hannover. Für Generalmajor Heico Hübner sind die paar Schritte zum Ausguck dagegen reine Routine. „Das ist mein Dienstfahrzeug“, erklärt der Kommandeur der 1. Panzerdivision lächelnd. Gemeinsam lassen sich die beiden Zivilisten und der Offizier dann 100 Meter weiter auf eine große Freifläche der Hennig-von-Tresckow-Kaserne in Oldenburg kutschieren.

Hier befindet sich nach dem Umzug aus Hannover seit 2015 der Stabsstellen-Standort der 20.000 Männer und Frauen starken Division, einer der beiden Großverbände des Heeres. Brigaden, Bataillone und andere Einheiten an insgesamt 28 Orten, etwa in Munster, Augustdorf, Prenzlau, Neubrandenburg, Havelberg und im niederländischen Havelte, sind ihr unterstellt. Am Mittwoch informiert sich der Ministerpräsident im Rahmen seiner diesmal bewusst problemorientierten und abgespeckten Sommerreise über die Sorgen, Nöte und Wünsche der Bundeswehr in Zeiten des russischen Angriffs auf die Ukraine. Der Termin bei der Truppe hat kurzfristig die eigentlich geplante Wattwanderung bei Krummhörn ersetzt.

Kommandeur Hübner schildert den dramatischen Wandel der Aufgaben seiner Soldaten. Nach Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan, nach Amtshilfe im Innern bei der Corona-Bekämpfung und Flutkatastrophenhilfe an der Ahr stehe man jetzt vor

einer ganz anderen Bedrohung. „Im Ausland haben wir nicht gegen einen militärisch gleichwertigen Gegner gekämpft.“ Die durch den Krieg in der Ukraine entstandene Lage erfordere schwere Waffensysteme und eine völlig neue Logistik, erklärt der Generalmajor.

„Wir brauchen mehr Munition und mehr Fahrzeuge.“ Waffen und Geräte müssten schnell an die Brennpunkte transportiert werden, um die „Division kaltstartfähig“, also in wenigen Tagen einsatzfähig zu machen. Seit gut einem Jahr bilden die Oldenburger mit rund 800 Soldaten die Leitdivision an der Nato-Ostflanke in Litauen.

„Niedersachsen ist der wichtigste Standort der Bundeswehr“, sagt Ministerpräsident

Weil und spricht von „großen Sympathien“ in der hiesigen Bevölkerung. „Ich hoffe, dass Sie bestätigen können, dass Sie hier ein sehr anerkannter Teil des Landes sind“, fragt er seine Gastgeber.

Kommandant Hübner und seine Führungsoffiziere nickten zustimmend. Die ersten Gespräche drehen sich um Gefallene und Verwundete, um Reflexion der gestiegenen Risiken, um innere Führung. Der Regierungschef gibt offen zu, dass „die Bundeswehr über viele Jahre nicht gut behandelt worden“ sei, dass man sie viel

früher besser hätte ausstatten müssen. „Ja, das war ein Fehler.“ Der werde jetzt aber mit den neuen Finanzspritzen ausgeräumt. Niedersachsen werde von den Investitionen aus

NIEDERSACHSEN-WAHL



Ministerpräsident Stephan Weil informierte sich in Oldenburg über die 1. Panzerdivision der Bundeswehr.

FOTO: OLE SPATZ/DPA



dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen erheblich profitieren. Dabei hat der frühere Zivildienstleistende allerdings nicht nur moderne Waffensysteme im Blick. „Wir müssen auch die Arbeitsbedingungen der Soldatinnen und Soldaten verbessern“, fordert Weil. Kinderbetreuung nennt er als Beispiel und auch eine bessere Ausstattung der bislang eher kärglichen Kasernen. Es handele sich bei den hier stationierten Dienstleistenden schließlich um verdiente Bürger Niedersachsens, die hohen Belastungen ausgesetzt seien und deren Familien sich gerade jetzt etwa wegen der Situation im Baltikum große Sorgen machten. Oberbürgermeister Krogmann, ebenfalls ehemaliger Zivi, schließt sich dem Bekenntnis zur Truppe uneingeschränkt an. „Oldenburg steht aktiv hinter unseren Soldaten. Wir brauchen die Bundeswehr dringender denn je.“

Digitaler Gefechtsstand

Auf ihrem Rundgang über das Kasernengelände bekommt Weil neben Spezialfahrzeugen und Gulaschkanone auch einen mobilen, digital ausgestatteten Gefechtsstand zu sehen. Imke Hönicke, Chefin der Stabs- und Fernmeldekompanie, erläutert dem Besucher aus Hannover ihren „Gemischtwarenladen“ samt seiner Probleme etwa bei sicheren und stabilen Datenübertragungen. Auch hier gibt es noch viel zu tun, angefangen bei der Logistik. Ob man inzwischen von wetterfesten und schusssicheren Containern aus arbeite, will Weil wissen. Leider noch nicht, antwortet die Offizierin und zeigt auf das Tarnnetz an der Decke und den Seiten. Ihre Leute seien weitgehend noch auf Zeltlösungen angewiesen. „Aha“, murmelt der Ministerpräsident, „dann werden die Container Teil des 100-Milliarden-Pakets.“